

Zwischen Phobien und Hegemonien

*Gender als Feindbild der Rechten und die Probleme mit einer progressiven Einheitsfront**

ESZTER KOVÁTS

Homophob, frauenfeindlich, regressiv, reaktionär, im Mittelalter geblieben – solche Bezeichnungen werden tagtäglich in den Medien über die gegen das Feindbild der sogenannten Genderideologie mobilisierenden Akteure bzw. ihre UnterstützerInnen wiederholt. Aber diese Bezeichnungen verschleiern mehr als sie aufdecken und dienen eher politischen als analytischen Zwecken. Dieser Beitrag geht einigen Aspekten nach, die in den Interpretationen der sogenannten Anti-Gender-Bewegungen zu kurz kommen. Es reicht nicht, entweder nur die Angebotsseite (Diskurse, Netzwerke, Finanzierung der Rechten) zu analysieren oder die Nachfrageseite auf eine psychologische Ebene zu reduzieren und damit jeglichen Widerstand als Phobie und Feindlichkeit fehlgeleiteter oder unmoderner Menschen abzutun. Stattdessen sollte man sich vielmehr mit den strukturellen Gründen der Nachfrage befassen.

Anti-Gender-Politik

Mit »Anti-Gender« wird in der Forschung der Diskurs bezeichnet, mit dem kirchliche, zivilgesellschaftliche oder parteipolitische Akteure gegen den vermeintlichen Feind »Genderismus« oder »Genderideologie« europaweit und darüber hinaus mobilisieren.¹ Im deutschsprachigen Kontext wird dies meistens als eine neue diskursive Strategie des altbekannten Antifeminismus angesehen,² aber es gibt einige, die es als eigenständi-

* Die zugehörige Queer Lecture findet am 12. Mai 2021 (nach Redaktionsschluss dieses Jahrbuchs) als Livestream-Veranstaltung im Rahmen von taz Talk meets Queer Lectures statt und wird anschließend online zugänglich gemacht.

- 1 Sabine Hark/Paula Irene Villa (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld 2015; Roman Kuhar/David Paternotte (Hg.): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London/New York 2017.
- 2 Rebekka Blum: *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus*. Hamburg 2019; FE.IN Autor*innenkollektiv: *Frauen*rechte*

ges Phänomen betrachten.³ Diese transnationale Erscheinung hat manche inhaltlichen und personellen Überlappungen mit früheren Kämpfen, aber eben auch neue Elemente. Über den Kampfbegriff »Genderideologie« werden verschiedene Themen polarisierend ausgefochten: Gewalt gegen Frauen, reproduktive Rechte und neue reproduktive Technologien, gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Geschlechterstudien, die technokratischen Top-Down-Gleichstellungsansätze wie Gender Mainstreaming sowie die neueren Entwicklungen des Trans- und Queeraktivismus in den westlichen Ländern. Unter dem Symbolbegriff »Genderideologie« werden darüber hinaus weitere Themen verhandelt:⁴ der alleinige Fokus auf Menschenrechte und Identitätspolitik und die damit einhergehende Dethematisierung bestehender materieller Ungleichheiten; die Verwobenheit von Marktinteressen und progressiven Forderungen; die Rolle der supranationalen Organisationen und Abkommen vs. nationale Souveränität; Wissenschaftlichkeit und postmoderne Methodologien und ihre politische Bedeutung; das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft und von Staat und Wissenschaft.

Die rechtspopulistischen Parteien spielen in diesen Auseinandersetzungen in den jeweiligen Ländern unterschiedliche Rollen: Aktiv sind zum Beispiel außer der Alternative für Deutschland (AfD) die seit 2010 regierende Fidesz-KDNP-Regierung⁵ in Ungarn oder die seit 2015 in Polen regierende PiS,⁶ die bemüht sind, neue Hegemonien in Europa herzustellen. Im Folgenden geht es mir darum zu belegen: Diese Widerstände lassen sich nicht auf einen Kampf von zwei Lagern, auf Fortschritt vs. Rückschritt, Post-Essentialismus vs. Essentialismus reduzieren.

und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin 2019; Juliane Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg 2018; Marion Näser-Lather/Anna Lena Oldemeier/Dorothee Beck (Hg.): Backlash?! Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Roßdorf 2019.

- 3 Zum Beispiel Hark/Villa (wie Anm. 1).
- 4 Weronika Grzebalska/Eszter Kováts/Andrea Pető: Gender als symbolischer Kitt. Warum das Konzept genutzt werden kann, um progressive Politiken zu delegitimieren, 2018, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/gender-als-symbolischer-kitt> [letzter Zugriff am 17.1.2021].
- 5 Fiatal Demokraták Szövetsége (Fidesz): Allianz der Jungdemokraten; Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP): Christdemokratische Volkspartei.
- 6 Prawo i Sprawiedliwość: Recht und Gerechtigkeit.

Psychologisierung der Kritik

Die Gleichsetzung von Kritik an bestimmten feministischen oder LSBT-Forderungen mit Misogynie, Homophobie, Transphobie, Queerphobie oder Genderphobie ist eine übliche Einordnung des Phänomens.⁷ Gemeinsam ist diesen Analysen die (sozial)psychologische Verortung des Ursprungs des Phänomens: in menschenfeindlichen, rückwärtsgewandten, antiegalitären Einstellungen, die die Rechten nutzen und weiter befeuern würden. Ein weiteres bemerkenswertes Beispiel für solche Konzeptionalisierung struktureller Erscheinungen ist der Vorwurf des Antiamerikanismus: die, die aus den USA importierte Forderungen und Begrifflichkeiten kritisieren, wären dementsprechend der Einstellung des Antiamerikanismus⁸ schuldig. Dieser Vorwurf suggeriert: Es können nur falsche Einstellungen zu so einer Kritik führen – dabei wird nicht nur die große Menge an Literatur über die US-Hegemonie außer Acht gelassen, sondern auch die Thematisierung der Beachtung von Kontexten für die Adaptation von Begrifflichkeiten verunmöglicht. Das Gleiche gilt, wenn Widerstände zu feministischen oder LSBT-Forderungen per se als frauenfeindlich oder homophob stigmatisiert werden. Eine solche Pathologisierung erkennt politische Ansichten und Bestrebungen nicht als seriös an, reduziert Ungleichheiten fälschlicherweise auf Vorgänge in den Köpfen und nimmt einen »Eins-zu-eins-Kurzschluss von sozialer Position und inhaltlicher Position« vor⁹ – statt sich mit den Argumenten auseinanderzusetzen. Außerdem geht sie von der komfortablen normativen Position aus, dass die Progressiven immer schon recht hatten und keine Kritik an ihnen berechtigt sein kann. Mit dieser Argumentation werden Debatten *innerhalb* des progressiven Spektrums beiseitegeschoben. Die Interpretation der »Psychologisierung plus rechte Instrumentalisierung« erfasst aber nicht die vollständige Bandbreite des Phänomens. Um diese anderen Gründe der

- 7 Zum Beispiel FE.IN Autor*innenkollektiv (wie Anm. 2); Adrian Daub: Homophobie ohne Homophobe. Gender und Sexualität im internationalen Rechtspopulismus. In: Jahrbuch Sexualitäten 2020. Hg. im Auftrag der Initiative Queer Nations von Jan Feddersen, Benno Gammerl, Rainer Nicolaysen und Benedikt Wolf. Göttingen 2020, S. 15-34; Anja Hennig: Political genderphobia in Europe. Accounting for right-wing political-religious alliances against gender-sensitive education reforms since 2012. In: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2 (2018), H. 2, S. 193-219.
- 8 Mit Bezug auf Heiko Beyer in Imke Schminke: Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark/Villa (wie Anm. 1), S. 93-107, hier S. 104.
- 9 Sarah Speck/Paula Irene Villa: Das Unbehagen mit den Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. In: Open Gender Journal 4 (2020), S. 16, <https://opengenderjournal.de/article/view/141> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

Kritik anzuerkennen und zu bearbeiten, bedarf es aber eines konfliktbereiten Klimas innerhalb des sogenannten progressiven Spektrums.

Mein Anliegen ist es *nicht*, Rechtspopulisten zu rechtfertigen. Es ist eindeutig, dass sie – vor allem von der Regierungsposition aus wie in Brasilien, Polen oder Ungarn – diese Polemiken schüren, um mit dem Bild eines bedrohlichen Feindes antidemokratische Maßnahmen (wie Angriffe auf Wissenschaftsfreiheit oder Gängelung der Zivilgesellschaft, Bedrohung der politischen Gegner) zu legitimieren. Mich interessiert vielmehr, besser zu verstehen, warum ihre Botschaften bei so vielen Menschen Erfolg haben. Ein Teil davon ist gut erforscht: zum Beispiel, weshalb ein Wertewandel, einschließlich der Infragestellung von alten Hierarchien zwischen Männern und Frauen, Hetero- und Homosexuellen Ressentiments hervorruft. Evident ist auch, dass unsichere ökonomische Verhältnisse und das Prekarwerden gesellschaftlicher Ordnungskategorien Unsicherheit und Wut auslösen können.¹⁰ Diese Beschreibung gibt aber kein vollständiges Bild. Sie geht davon aus, dass »Genderideologie« zu Unrecht als Projektionsfläche dient, als gelte es nur zu verstehen, warum Menschen sich anti-egalitären Einstellungen anschließen. Sie argumentiert also sozialpsychologisch und aus der Position des Rechthabens. Es bleibt aber zu erklären, was die »empirische Glaubwürdigkeit«¹¹ der rechten Vorwürfe ausmacht: Was könnte der Wahrheitskern der Vorwürfe sein? Anders gefragt: Was nährt rechte Deutungen, sodass sie überzeugen können?

Ich plädiere nicht dafür, den Dialog mit denen zu suchen, die bestimmten Menschen die Menschenwürde bestreiten, etwa behaupten, dass Frauen geschlagen oder Schwule in Konversionstherapie gehören. Aber um darüber zu entscheiden, was als Entwertung der Menschenwürde gilt, brauchen wir bessere Kriterien als subjektiv empfundene Gefühle. Wer gegen die #metoo-Bewegung als politische Strategie ist, ist in allen Fällen frauenfeindlich? Wer gegen Pride-Märsche ist, ist es gewiss aus homopho-

10 Christine Wimbauer/Mona Motakef/Julia Teschlade: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Hark/Villa (wie Anm. 1), S. 41-58.

11 Ob ein Frame Resonanz hat, hängt von seiner empirischen Glaubwürdigkeit (empirical credibility) ab, nämlich: »the apparent fit between the framings and events in the world [...]. [T]he greater the number of such slices, the more credible the framing and the broader its appeal«; Robert D. Benford/David A. Snow: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26, S. 611-639, Zitat S. 620. Marta Rawłuszko widmet dieser Fragestellung eine Studie mit dem bezeichnenden Titel: And If the Opponents of Gender Ideology Are Right? Gender Politics, Europeanization, and the Democratic Deficit. In: Politics & Gender, <https://doi.org/10.1017/S1743923X19000576> [letzter Zugriff am 25.1.2021].

ben Beweggründen? Wer die Fülle an Geschlechteridentitäten nicht anerkannt, streitet Mitmenschen die Existenz ab?

Der progressive Konsens würde diese Fragen wohl mit Ja beantworten. Diese Verschmelzung von politischen Forderungen mit Einstellungen ist aber im besten Fall verfehlt, im schlimmsten eine bewusste politische Strategie, um Gegenargumente aus dem öffentlichen Raum zu schaffen. Dabei sind progressive politische Forderungen nicht aus dem Nichts da, sondern in breitere politisch-ökonomische Verhältnisse eingebettet und deshalb auch analysierbar und kritisierbar.

Konsenserfordernis als politische Strategie der Hegemoniebildung der Progressiven

Chantal Mouffe hat bereits im Jahr 2000 zum Beharren auf dem Konzept des Konsenses in liberalen Demokratien gesagt: Wenn Widerstand und Auslotung von Alternativen mit Berufung auf einen vermeintlichen Konsens im demokratischen Rahmen unterdrückt werden, wird das früher oder später in einer antagonistischen Form an die Oberfläche drängen.¹² 2021 muss man niemandem beweisen, dass sie – zumindest mit dieser These – recht hatte: Jeder Konsens, also jede Behauptung, dass die Debatte abgeschlossen sei, ist riskant, praktisch eine Einladung zum Backlash. Mouffe führte das damals in Bezug auf den wirtschaftlichen (neoliberalen) Konsens der mitte-rechten und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas aus, aber man kann diese These auf den Menschenrechtskonsens genauso anwenden.¹³ Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs

12 Ihre politische Theorie betrachtet Konflikt als inhärenten Bestandteil von Politik, und sie kritisiert die liberal-technokratische Auffassung des erstrebenswerten Konsenses mit dem Argument, dass diese Konzeption von liberaler Demokratie die wahre Natur von Politik verkenne und folgenreiche politische Konsequenzen habe; Chantal Mouffe: *Das demokratische Paradox*. Übersetzt von Oliver Marchart. Wien 2008 [zuerst engl. 2000]. Vgl. auch dies.: *On the Political*. London/New York 2005, S. 30: »[W]e should be very wary of the current tendency to celebrate a politics of consensus [...]. A well-functioning democracy calls for a clash of legitimate democratic political positions. [...] Such a confrontation should provide collective forms of identification strong enough to mobilize political passions. If this adversarial configuration is missing, passions cannot be given a democratic outlet and the agonistic dynamics of pluralism are hindered. The danger arises that the democratic confrontation will therefore be replaced by a confrontation between essentialist forms of identification or non-negotiable moral values. When political frontiers become blurred, disaffection with political parties sets in and one witnesses the growth of other types of collective identities, around nationalist, religious or ethnic forms of identification.«

13 Detailliert ausgeführt in Eszter Kováts: *Conservative Counter-Movements? Overcoming*

war es mehr als notwendig, solche Mindeststandards zu entwerfen und zu erkämpfen. Die Menschenrechtsbestrebungen haben in den letzten Jahrzehnten das Leben vieler Minderheiten in der Welt in der Tat verbessert. Wahrscheinlich haben genau diese Erfolge dazu beigetragen, dass es zu einem eigenständigen politischen Ziel wurde, bestimmte neue politische Forderungen als Menschenrechte einzustufen – sobald sie Menschenrechte sind, sind sie aus der legitimen politischen Debatte ausgenommen; wer sie infrage stellt, greift Menschenrechte an. Mit dieser Depolitisierung gibt es aber mindestens fünf Probleme.

Erstens: Die universalistische Sprache der Menschenrechte verdeckt ihre Einbettung in ökonomische und symbolische Machtverhältnisse im globalen Kontext. In Ostmitteleuropa kam der Menschenrechtsansatz gleichzeitig (und teilweise von den gleichen Akteuren befördert) mit dem Anschluss der Region an den globalen Kapitalismus nach 1989/1991 auf und verdrängte nach und nach die sozioökonomischen Anliegen (und ihre Akteure). Die tonangebenden Zentrumsländer waren es, die bestimmten, was Menschenrechte sind. Diese werden nach wie vor als universelle Werte kommuniziert, und über Abhängigkeitskanäle (Forschungsförderung, NGO-Finanzierung) exportiert.¹⁴ In ihrem Bestreben, zum »Westen« zu gehören, nehmen die einheimischen liberalen Eliten sie dankend auf und schauen auf ihre eigene Bevölkerung als zu zivilisierendes rückwärtsgewandtes Segment herab.¹⁵

Zweitens: Das Menschenrechtsparadigma fokussiert auf individuelle Rechte und sieht die Wirtschaftsordnung als von ihnen unabhängig. Dementsprechend sind für ihre Akteure die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus im besten Fall ein aus Menschenrechtssicht irrelevantes oder zumindest anderes Problem, im schlimmsten Fall werden die Marktakteure als Verbündete in der Sensibilisierung für mehr Offenheit und mehr Diversität gesehen. Diese Sichtweise macht unsichtbar, dass die patriarchalen oder rassistischen Ungleichheiten vom Kapitalismus genutzt und weiter vertieft werden. Zum Beispiel besteht die Krise der Sorgearbeit in erster Linie nicht darin, wer diese Arbeit verrichtet (meistens Frauen, bezahlt und unbezahlt), sondern dass sie als außerwirtschaftlich, unproduktiv und

Culturalizing Interpretations of Right-Wing Mobilizations Against »Gender Ideology«. In: *Femina Politica*. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 1/2018, S. 75–88.

- 14 György Mészáros: Reconsidering the identity approach of the EU LGBT+ architecture from a feminist perspective. In Eszter Kováts (Hg.): *The Future of the European Union. Feminist Perspectives from East-Central Europe*. Budapest 2017, S. 46–56, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/14210.pdf> [letzter Zugriff am 17.1.2021].
- 15 József Böröcz: Goodness Is Elsewhere: The Rule of European Difference. In: *Comparative Studies in Society and History* 48 (2006), H. 1, S. 110–138.

privat angesehen wird, während sie unentbehrlich für die Kapitalakkumulation ist. Dass es so bleibt und damit Frauen ausgebeutet werden, ist im Interesse des Kapitals – sensibilisierende Kampagnen der Großkonzerne für Frauenrechte sind ein Feigenblatt. Dieser Ungerechtigkeit kann man also mit der Menschenrechtssprache nicht begegnen.

Drittens: Der Menschenrechtsansatz postuliert, dass man neue Menschenrechte immer zu den bestehenden hinzufügen kann, als gäbe es keine Konflikte zwischen ihnen. Die gibt es aber sehr wohl, und zwar zwischen den unterschiedlichen Auslegungen der Menschenrechte. Wohlhabende schwule und heterosexuelle Paare beharren auf »dem Menschenrecht auf ein Kind«, während viele Feministinnen eine Nutzung des Körpers einer Frau als Leihmutter (auch wenn eine solche aus materieller Not »zustimmt«) kritisieren. AbolitionistInnen und VertreterInnen von Sexworker-Standpunkten berufen sich gleichermaßen auf die Menschenrechte – nur kommen sie zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen. Von den Spannungen zwischen Frauen- und Transrechten ganz zu schweigen.

Diese Widersprüche unter als progressiv erachteten Anliegen sind real – man kann keine Einheitsfront voraussetzen oder herbeizaubern, auch nicht mit erpressenden Berufungen auf das politische Erstarken der Rechten. Deshalb ist die Interpretation der Debatte, es handle sich um eine Wertedebatte zwischen Progressiven und Konservativen, Demokraten und Antidemokraten, Postessentialisten und Essentialisten entweder ein Missverständnis oder politisch motiviert, um die Dissidenten zur Raison zu bringen. Diese kulturalisierenden Dichotomien verstärken die Polarisierung: den Rechten dienen sie dazu, sich als vermeintlich normal, familienfreundlich und traditionell orientiert gegenüber den kosmopolitischen und familienfeindlichen »Pervertierten« zu positionieren; und für die Progressiven dazu, sich als fortschrittlich und jenen überlegen zu inszenieren, die angeblich Europas dunkle Zeiten zurückbringen wollen. Zweifelsohne: Es gibt unter ihnen nicht wenige, die das tatsächlich wollen, die Frauen oder Schwule und Lesben als minderwertig oder deviant ansehen. Aber nicht alle tun das, und das zu behaupten, ist analytisch falsch und politisch kontraproduktiv, weil es von progressiver Seite zur Polarisierung beiträgt.

Viertens: Es werden immer neue Menschenrechte definiert. Über das Recht auf ein Kind werden Leihmutterchaft oder neue reproduktive Technologien gerechtfertigt. Und in den Zentrumsländern (und davon ausgehend in den Semiperipherien und Peripherien) wird Geschlecht (Gender) immer öfter als das gefühlte Geschlecht interpretiert und als solches als Menschenrecht deklariert. Mit dieser Politik, etwas zum Menschenrecht zu erklären, werden diese Fragen aus dem Kreis der legitim diskutierba-

ren Fragen herausgenommen. Und wer sie doch diskutiert, ob auf radikal-feministischer Basis oder eben ideologiekritisch, und sich anschaut, woher diese Forderungen kommen und wie sie mit materiellen Verhältnissen zusammenhängen, wird schnell als rechts, mindestens rechtsoffen, menschenfeindlich, homophob, queerphob, transphob oder TERF (*trans-exclusionary radical feminist*) abgekanzelt. Dabei sollten Fragen gestellt werden können: woher Forderungen kommen; ob jede Forderung, die sich als fortschrittlich bezeichnet, auch fortschrittlich ist; und ob Widerstand gegenüber politischen Forderungen (wie der nach der gleichgeschlechtlichen Ehe) oder Strategien (wie Pride-Märschen oder der Kooperation mit multinationalen Unternehmen) so einfach gleichzusetzen sind mit Menschenfeindlichkeit oder Homophobie; zumal diese Anliegen bekanntlich nicht nur von rechter Seite angefochten werden. Solche Menschen wegen ihres Dissenses als rechts einzuordnen, entspringt dieser politisch motivierten Dichotomisierung und Homogenisierung. Das Menschenrechtsparadigma verfolgt zu Recht das Ziel, politische Forderungen darüber zu stellen, welche Rechte nicht einem Mehrheitsvotum unterworfen sein dürfen. Aber es bedarf genauerer Analyse, was »Menschenrecht« wird, wie es dazu kommt und welche Fragen doch eher Debatten benötigen.

Fünftens: Die Menschenrechtsfokussierung ist in den »recognition turn«, die »Anerkennungswende« eingebettet, die Nancy Fraser schon Mitte der 1990er Jahre bezüglich der Gerechtigkeitskämpfe beschrieben und kritisiert hat.¹⁶ Infolge der 1968er Kämpfe, die andere als Klassenfragen auf das politische Programm der Linken setzten (wie Rassismus, Schwulen- und Lesbenfeindlichkeit und Unterdrückung der Frauen), aber auch infolge der Bedürfnisse der sich ausbreitenden neoliberalen Form des Kapitalismus und infolge der gescheiterten sozialistischen Versuche wurden die Fragen der Umverteilung (die ökonomischen Fragen) in den Hintergrund gedrängt. Hinzufügen ließe sich, dass Verteilungsfragen als Anerkennungsfragen umgedeutet wurden (siehe den auf Diskriminierung reduzierten Klassenbegriff im Programm des »Anti-Klassismus«¹⁷). Manche dieser Fragen wie zum Beispiel die Pronomendebatte erscheinen im Kontext der materiellen Nöte breiter Bevölkerungsschichten geradezu absurd. Sie wirken wie Luxusbeschäftigungen für gut situierte Ober- und Mittelschichtskinder, die sich mit solchen postmateriellen Bedürfnissen beschäftigen können, weil sie eben keine handfesten Probleme im Leben

16 Nancy Fraser: From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a »post-socialist« age. In: *New Left Review* 1/212 (1995), S. 68-93.

17 Siehe Eszter Kováts/Thomas Land: Klassismus – Wie die Analyse der Ausbeutung durch Anerkennung der Diskriminierten ersetzt wird. *Rote Rohr Uni*, 20. Januar 2020, <http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/texte/article/klassismus> [letzter Zugriff am 20.1.2021].

haben.¹⁸ Obwohl man ökonomische, kulturelle und symbolische Fragen nicht in Konkurrenz zueinander treten lassen sollte, kann man in der Tat eine solche Verschiebung der Akzente feststellen – zuungunsten ökonomisch informierter Gesellschaftskritik.

Eine spezifisch deutsche Debatte innerhalb des Anerkennungsparadigmas ist das sogenannte Gendern der Sprache. An ihr lässt sich einiges an der problematischen Natur des Menschenrechtskonsenses demonstrieren.

Wie das Binnen-I zum Ausdruck rechtsextremer Ideologie wurde

Der Kampf darum, Frauen in der deutschen Sprache sichtbar zu machen, geht auf die 1980er Jahre zurück. Beide Geschlechter getrennt zu nennen (Studenten und Studentinnen) und später in einem Wort die Frauen auch mitzunennen (StudentInnen), nicht nur mitzumeinen, galt als eine wichtige Forderung. Als sie sich allmählich durchsetzte, markierte das einen wichtigen Fortschritt, zumindest innerhalb des Anerkennungsparadigmas. In den letzten Jahren hat im Zusammenhang mit der Verbreitung des Queerfeminismus und der Vorstellung, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, und mit der Forderung nach Schreibung mit Sternchen, Unterstrich oder Doppelpunkt im deutschsprachigen Raum eine andere Entwicklung eingesetzt: nämlich, dass das Binnen-I als Schreibweise nicht nur als gestrig gilt, sondern sogar als reaktionär und rechtsextrem. In aktivistischen, aber auch in akademischen Publikationen kommt es immer häufiger vor, dass die AutorInnen mit dieser Schreibweise die Rechten »bestrafen«. So ist es zum Beispiel in einer Broschüre über die Identitären von 2016: »Begriffe wie ›ProtagonistInnen‹ und ›AkteurInnen‹ sind in diesem Beitrag nur mit Binnen-I gegendert, um das reaktionäre Weltbild von Gruppen wie den ›Identitären‹ aufzuzeigen, welches lediglich ein binäres Geschlechtermodell zulässt und Menschen in ›Mann‹ und ›Frau‹ einteilt.«¹⁹ Rebekka Blum formuliert es in ihrem Buch »Angst um die Vormachtstellung – Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus« 2019 so: »Wenn ich über Frauen und Männer im konservativen bis rechten Milieu spreche, verwende ich Formulierungen wie AnhängerInnen. Bezüglich dieses Spektrums verzichte ich also darauf, den Gender-* zu verwenden, da Personen dieses Spektrums gender-non-bi-

18 Stefan Laurin: Willkommen im Zeitalter der Postidentitätspolitik. In: Johannes Richardt (Hg.): Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik. Frankfurt a. M. 2018, S. 113-122.

19 O. A.: Outing-Broschüre veröffentlicht! 2016, <http://recherchewien.nordost.mobi/2016/06/outing-broschuere-veroeffentlicht> [letzter Zugriff am 25.1.2021].

nären Personen feindlich gegenüberstehen und sie pathologisieren. Diese sprachliche Formulierung soll [...] die ideologische Vorstellung des Spektrums aufzeigen.«²⁰ Das Autor*innenkollektiv FE.IN veröffentlichte 2019 sein Buch »Frauen*rechte und Frauen*Hass«, das die Frage des Genderns ebenfalls so handhabt: »Wir gendern grundsätzlich mit dem Gendersternchen (*), um die Diversität von Geschlechtern sichtbar zu machen. Das gilt allerdings nicht für (extrem) rechte Akteur*innen, die die Pluralität der Geschlechter jenseits der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit tendenziell grundsätzlich verneinen und Personen für sich, entsprechend ihrer Ideologie und Normativität, entweder als Mann oder als Frau identifizieren.«²¹

Wenn das Anerkennungsparadigma im Queerfeminismus so weit geht, dass nicht-queerfeministische Sichtweisen als rechtsextrem gelten und eine vor zehn Jahren noch progressive Forderung (wie das Binnen-I) nun zur Markierung eines »reaktionären Weltbildes« geworden ist, dann sollte man sich nicht wundern, wenn viele das als realitätsfremd und elitär empfinden und darauf mit Wut und Ablehnung reagieren.

Zweigeschlechtlichkeit als rechtsextreme Ideologie – spinnt ihr?

Außer in den oben genannten Publikationen wird Zweigeschlechtlichkeit auch sonst oftmals als rechtsextrem eingestuft. Dabei geht es in den meisten Fällen nicht um die Anerkennung der Existenz intersexueller Menschen (was übrigens an sich die biologische Zweigeschlechtlichkeit nicht infrage stellt),²² sondern um eine poststrukturalistisch geleitete Verschmelzung zweier Genderkonzepte. Mit Zweigeschlechtlichkeit wird erstens auf die vermeintlich konservative Vorstellung kritisch hingewiesen, nach welcher die beiden Geschlechter in einer hierarchischen Beziehung zueinander stehen und mit einem angeblich biologisch bestimmten

20 Blum (wie Anm. 2), S. 12.

21 FE.IN Autor*innenkollektiv (wie Anm. 2), S. 12 f.

22 Unter anderen Rogers Brubaker weist darauf hin, dass die Anerkennung intersexueller Menschen (als seltene Ausnahmen) an sich die biologische Zweigeschlechtlichkeit nicht infrage stellt: »the fact that certain individuals can be assigned to the categories male or female only arbitrarily does not make the categories themselves arbitrary; and the fact that sex is culturally co-constructed does not mean it is biologically unfounded«; Rogers Brubaker: *Trans. Gender and Race in an Age of Unsettled Identities*. Princeton 2016, S. 135. Eine medizinische Begründung findet man beispielsweise bei Leonard Sax: *How common is intersex. A response to Anne Fausto-Sterling*. *Journal of Sex Research*, 2002, <https://www.leonardsax.com/how-common-is-intersex-a-response-to-anne-fausto-sterling> [letzter Zugriff am 7.10.2020].

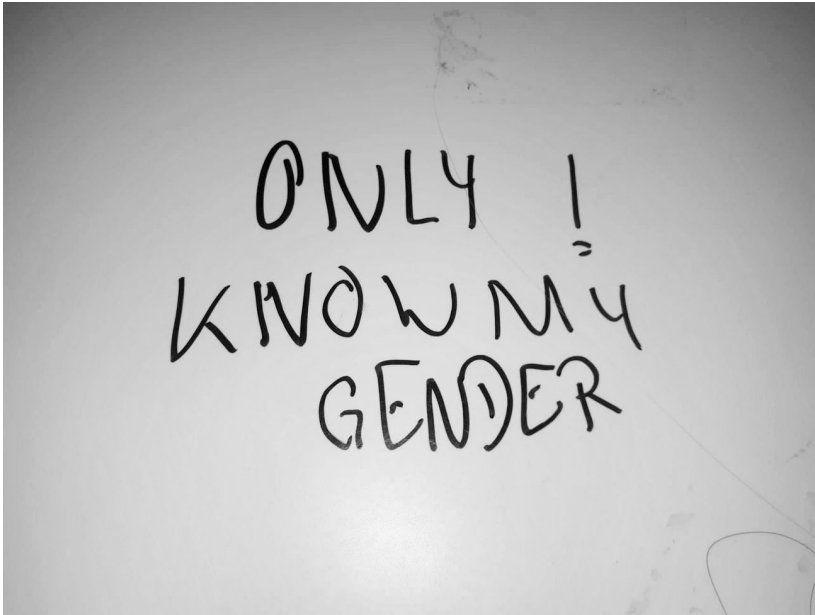
Rollenrepertoire leben (müssen), und zweitens auf den Butler'schen Gedanken der Konstruiertheit des biologischen Geschlechts, eine These, die in den Geschlechterstudien mittlerweile hegemonial wurde – was auch ein Ausdruck US-amerikanischer Hegemonie in den Sozialwissenschaften ist.²³ Dementsprechend ist nicht nur die Binarität des einengenden, Männer und Frauen auf ein komplementäres und hierarchisches Verhältnis reduzierenden Rollenmodells zu hinterfragen, sondern auch die Binarität der Geschlechter selbst. Um eine Verschmelzung handelt es sich insofern als diejenigen, die die erstere Binarität infrage stellen, aber die zweite nicht, des biologischen Essentialismus und einer Nähe zu den Rechten beschuldigt werden.²⁴

Dass die Menschen hauptsächlich in zwei Varianten zur Welt kommen und die Geschlechtsorgane nicht *gedeutet* und Geschlecht als *arbiträr festgelegt* werden, sondern dass Geschlecht anhand dessen mit relativer Sicherheit (mit Ausnahme der unter 0,1 Prozent der Bevölkerung ausmachenden intersexuellen Menschen) *festgestellt* werden kann – dass dies in den letzten Jahren zur rechtsextremen Ideologie erklärt wurde, zeigt die Realitätsfremdheit mancher poststrukturalistischer Ansätze und die mangelnde Bereitschaft ihrer AkteurInnen, sich mit der Mehrheitsgesellschaft auseinanderzusetzen.

Auf die Frage, warum gerade jetzt diese neuen nicht-binären Identitäten auftauchen, wird oft argumentiert, dass es jetzt so weit sei: Die wachsende Offenheit habe die vorher unterdrückten Identitäten zutage gefördert. Auch die Geschichte wird mit diesem queeren Blickwinkel umgedeutet, geschlechternonkonforme Menschen (die sich nicht stereotyp männlich/weiblich verhielten) der Vergangenheit werden rückwirkend als queer erklärt.

Aber ist es so? Gibt es einfach nun erst Raum und Sprache, um bisher unbenannte und unsichtbar gemachte Wirklichkeiten zu benennen und sichtbar zu machen?

- 23 Greta Olson drückt das so aus: »the rise and further rise of Butlerian gender theory can be seen as another instance of the hegemonic domination of American scholarly norms and narratives of scholarship«; Greta Olson: Gender as a Travelling Concept: A Feminist Perspective. In: Birgit Neumann/Ansgar Nünning (Hg.): Travelling Concepts for the Study of Culture. Berlin/New York 2012, S. 205-223, hier S. 215.
- 24 Zum Beispiel von Judith Butler selbst: Judith Butler on the culture wars, JK Rowling and living in »anti-intellectual times«. In: New Statesman, 22.9.2020, <https://www.newstatesman.com/international/2020/09/judith-butler-culture-wars-jk-rowling-and-living-anti-intellectual-times> [letzter Zugriff am 7.10.2020].



Vermehrung der Geschlechteridentitäten als neoliberales Produkt

Only! know my gender – dieses Graffito, das ich in einer Frauentoilette an der Hamburger Universität im November 2018 gesehen und fotografiert habe, hat mich irritiert. Obwohl mir die neuesten Trends des Trans- und Queeraktivismus in den westeuropäischen und nordamerikanischen Ländern bekannt waren, sind mir sofort die Argumente der rechtspopulistischen Fidesz-KDNP-Regierung Ungarns eingefallen: Sie behauptet, die Istanbul-Konvention²⁵ deshalb nicht ratifizieren zu wollen, weil diese das Konzept von Gender beinhaltet und damit die Wählbarkeit von Geschlecht. Dieses Graffito schien mir genau ihr Argument zu bestätigen, dass Gender eine individuelle Wahl sei. Die Ersetzung von »I« durch »!« gibt außerdem noch einmal der Forderung der Authentizität Nachdruck: dass das Individuum der einzig legitime Interpret seiner/ihrer gelebten Identität sei, was nicht infrage gestellt werden dürfe. Dieser kurze Satz drückt den monologischen, subjektivistischen und dogmatischen Charak-

25 Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, 2011, <https://rm.coe.int/1680462535> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

ter der neuesten Genderforderungen und auch ihre Ablehnung von sozialwissenschaftlichem Wissen aus.²⁶

Man sollte stattdessen das Erscheinen des Queerfeminismus und der nicht-binären Identitäten in ihrer sozioökonomischen Einbettung betrachten: als Produkt des Zeitgeistes, als Emanzipationsangebot innerhalb des Rahmens des neoliberalen Kapitalismus. Als Ausgangspunkt dafür gilt: »Ideologien nicht als etwas Ahistorisches, Überzeitliches zu denken, sondern sie rückzubeziehen auf die Veränderungen in den Produktionsverhältnissen«,²⁷ oder wie Čakardić die alte wissenssoziologische Erkenntnis formuliert: »There are no *pure theories* or *pure ideas*; they are not born out of thin air without a spatial or temporal foundation.«²⁸ Das gilt eben auch für sich als emanzipatorisch auffassende Forderungen: Es ist analysierbar, ob sie es tatsächlich sind oder nur im Rahmen des Status quo als solche erscheinen; es wurde auch vielfach beschrieben, wie ehemals emanzipatorische Forderungen in veränderten kapitalistischen Verhältnissen vereinnahmt wurden.²⁹ Viele AutorInnen kritisieren zum Beispiel das Erscheinen des »choice feminism«, der alle Entscheidungen, die Frauen treffen, als feministisch bezeichnet, ohne Analyse des Kontextes, in dem ihnen diese Optionen zur Verfügung stehen.³⁰ Ich verorte die Entwicklungen rund um den Begriff Gender in denselben Entwicklungen, und zwar in der heutigen, individualisierenden Tendenz des Neoliberalismus, der individuelle Lösungen und Anpassungen fördert (und zelebriert).

Die Tatsache, dass der individualistische Trend den Feminismus erreicht hat, ist kein neues Phänomen, seine Kritik auch nicht. Martha Nussbaum kritisierte Judith Butler und die poststrukturalistische Wende bereits 1999 dafür, dass sie die Strukturkritik aufgeben: »The new feminism, moreover,

26 Gergely Csányi/Eszter Kováts: Intersectionality – Time for a rethink. Social Europe, 2020, <https://www.socialeurope.eu/intersectionality-time-for-a-rethink> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

27 Tove Soiland: Queering gender als Bestandteil spätkapitalistischer Subjektivierung – Vortrag @e*camp. 2017, <https://www.evibes.org/wp-content/uploads/sites/24/2017/07/Tove-Soiland-Queering-gender-als-Bestandteil-spa%CC%88tkapitalistischer-Subjektivierung-Vortrag-@ecamp.pdf> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

28 Ankica Čakardić: Down the Neoliberal Path: The Rise of Free Choice Feminism. In: *AM Journal of Art and Media Studies* 14 (2017), S. 33-44, hier S. 33 [Hervorhebung im Original].

29 Luc Boltanski/Eve Chiapello: The New Spirit of Capitalism. In: *International Journal of Politics, Culture, and Society* 18 (2005), H. 3-4, S. 161-188.; Nancy Fraser: Feminism, Capitalism and the Cunning of History. In: *New Left Review* 56 (2009), S. 97-117.

30 Zum Beispiel Shelley Budgeon: Individualized femininity and feminist politics of choice. In: *European Journal of Women's Studies* 22 (2015), H. 3, S. 303-318; Čakardić (wie Anm. 28).

instructs its members that there is little room for large-scale social change, and maybe no room at all. We are all, more or less, prisoners of the structures of power that have defined our identity as women; we can never change those structures in a large-scale way, and we can never escape from them. All that we can hope to do is to find spaces within the structures of power in which to parody them, to poke fun at them, to transgress them in speech. And so symbolic verbal politics, in addition to being offered as a type of real politics, is held to be the only politics that is really possible. [...] Deprived of the hope of larger or more lasting changes, we can still perform our resistance by the reworking of verbal categories, and thus, at the margins, of the selves who are constituted by them.«³¹

Das Problem damit ist – neben dem Defätismus –, dass die dekonstruktivistische Auffassung so tut, als seien die Kategorien selber schuld an den ungleichen Verhältnissen. Wenn man das so auffasst und Kategorien als Möglichkeiten der Artikulation von bestehenden Ungleichheiten aufgibt, dann ist es kein Wunder, dass man die Differenzierungen untersucht und angreift und deren Unterwanderung als Subversion betrachtet.³² »Es wurde theoretisch auf der Ebene der Theorie die Kategorie Geschlecht aufgelöst, während wir auf der anderen Seite, als SozialwissenschaftlerInnen, feststellen müssen, dass es immer noch dieses Gros der Frauen gibt, statistisch gesehen nämlich. Es gibt statistisch gesehen eine überwältigende Anzahl von Bedingtheiten, die Frauen nach wie vor kollektiv betreffen.«³³ Diese Verbindung, das Aufgeben der Veränderbarkeit über die Individuen hinausweichender Ungerechtigkeiten und die Akzentverschiebung von Geschlechterverhältnissen auf Geschlechterunterscheidungen,³⁴ resultiert in der Individualisierung struktureller Probleme,³⁵ oder konkret: in der »Individualisierung des gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses«: »Die Suggestion, dass den Kategorien ›Frau‹ und ›Mann‹ durch bloße

31 Martha C. Nussbaum: The Professor of Parody. The hip defeatism of Judith Butler, 1999, <https://newrepublic.com/article/150687/professor-parody> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

32 Soiland: Queering Gender (wie Anm. 27).

33 Ebd.

34 Gudrun-Axeli Knapp: Mut zur Kontroverse! Feministische Kritik zwischen Antigenderrismus und akademischer Spezialisierung. In: Friederike Beier/Lisa Yashodara Haller/Lea Haneberg (Hg.): materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster 2018, S. 19-38, hier S. 34.

35 Oder wie Soiland es formuliert: »Privatisierung gesellschaftlicher Problemlage«; Tove Soiland: Die Verhältnisse gingen und die Kategorien kamen. *Intersectionality* oder Vom Unbehagen an der amerikanischen Theorie. In: Querelles-net, 2008, <https://www.querelles-net.de/index.php/qn/article/view/694/702> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

Desidentifikation zu entkommen wäre, reduziert Geschlecht auf einen voluntaristischen, also allein durch den eigenen Willen erfolgenden Akt.«³⁶

Queere Politik, die Gender als Identität definiert, bekämpft nicht die enggefassten Erwartungen gegenüber Frauen und Männern und die Strukturen, die diese erhalten und reproduzieren, sondern interpretiert so: Wenn man die notwendigen Charakteristika eines Geschlechts nicht aufweist, dann gehört man nicht zu dem Geschlecht.³⁷ Dies verdeckt die Tatsache, dass die vergeschlechtlichte Unterdrückung nicht aus Antworten auf unsere Identitäten resultiert, sondern darauf, wie Gesellschaft uns identifiziert (und beispielsweise weniger Gehalt zahlt oder uns bestimmten Gewaltformen aussetzt) – unabhängig von unserer Geschlechtsidentität.³⁸

Zwar stellt Queer in der Theorie Identitäten (wie Kategorien) infrage – doch in der Praxis sieht es anders aus: »Die queere Ablehnung von Identitätspolitik ist [...] vor allem eine Ablehnung kollektiver Identität. Individuelle Identitätspolitik hingegen wird mit großer Leidenschaft betrieben – und sogar immer weiter individualisiert. Mit der Herausbildung immer feinerer Differenzkategorien und einer immer größer werdenden Sensibilität für intersektionale Verflechtungen werden auch die individuellen Marginalisierungserfahrungen immer singulärer.«³⁹

Das lässt sich wiederum strukturell einordnen: »Im Neoliberalismus liegt die vorrangige Aufgabe des bürgerlichen Subjekts darin, die Identität mit sich selber durch permanente Selbstgestaltung und -optimierung zu gewährleisten. Die Forderung des Tages lautet, in allen Dingen flexibel zu sein und dennoch immer ganz bei sich: in der Wahl des Arbeitsplatzes wie des Liebesobjekts wie auch der Form, in der soziale Beziehungen gelebt werden können. Darin liegen Freiheitsmöglichkeiten, die ältere Generationen nicht kannten – aber auch ein neuer Zugriff des Marktes auf das Intimste, der eine nie gekannte aktive Bejahung schäbiger Lebens-

36 Elvira Salonas: Geschlecht als Wille und Design. Zur Kritik an der queeren Multiplikation von Geschlechtsidentitäten. In: Koschka Linkerhand (Hg.): *Feministisch streiten. Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen*. Berlin 2018, S. 188–202, hier S. 195.

37 Rebecca Reilly-Cooper: Gender is not a spectrum. In: *Aeon*, 2016, <https://aeon.co/essays/the-idea-that-gender-is-a-spectrum-is-a-new-gender-prison> [letzter Zugriff am 17.1.2021].

38 Ebd. heißt es: »[Y]ou can't slip through the bars. No amount of calling myself ›agender‹ will stop the world seeing me as a woman, and treating me accordingly. I can introduce myself as agender and insist upon my own set of neo-pronouns when I apply for a job, but it won't stop the interviewer seeing a potential baby-maker, and giving the position to the less qualified but less encumbered by reproduction male candidate.«

39 Lea Susemichel/Jens Kastner: *Identitätspolitiken. Konzepte & Kritiken in Geschichte & Gegenwart der Linken*. Münster 2018, S. 129.

bedingungen voller Einschränkungen verlangt. Geschlechtliche und sexuelle Zuordnungen müssen zu individuellen fürchterlich selbstbestimmten Merkmalen umgewertet und sich angeeignet werden: im Rahmen des verdinglichten Denkens, wie es bereits Adorno und Horkheimer anprangerten [...]. Die neoliberale Vorstellung von Freiheit fordert jede Einzelne auf, aus dem bunten Topf der Möglichkeiten ihr ganz individuelles Identity-Ticket zu ziehen und zu Markte zu tragen. Der Queerfeminismus übernimmt diese neue Ticketmentalität: Geschlecht, Sexualität, Begehren scheinen nur mehr identitätsförmig begreifbar zu sein, nicht als Produkt gesellschaftlicher Verhältnisse, die fast unentrinnbar sind, aber sehr wohl kritisiert werden können.«⁴⁰

Nicht nur bedeutet dieser individualistische queere Ansatz keine Herausforderung der neoliberalen Ordnung – sein kulturalisierender, depolitizierter und postmaterialistischer Fokus passt hervorragend in ihre Logik. Das hat allerdings ernsthafte politische Konsequenzen, wie am Beispiel der Debatten um die Istanbul-Konvention deutlich wird.

Die Istanbul-Konvention und das queere Genderverständnis

Das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt« ist in Deutschland 2017 ratifiziert worden, im Februar 2018 ist es in Kraft getreten. Es ist ein umfassendes rechtliches Instrument, um die Ursachen der geschlechtsspezifischen Gewalt zu beseitigen. Die Konvention wird in mehreren ostmitteleuropäischen Ländern von den rechten politischen Kräften mit denjenigen Argumenten angegriffen, mit denen Gender Mainstreaming in Deutschland oder Österreich kritisiert wird: dass sie die vielen Genderidentitäten propagieren würde. Gender würde dementsprechend die gefühlte Geschlechtsidentität bedeuten. Dabei ist die Genderdefinition der Konvention klar: »der Begriff ›Geschlecht‹ [bezeichnet] die gesellschaftlich geprägten Rollen, Verhaltensweisen, Tätigkeiten und Merkmale, die eine bestimmte Gesellschaft als für Frauen und Männer angemessen ansieht.«⁴¹

Die Konvention stellt also die biologische Zweigeschlechtlichkeit nicht infrage, ebenso wenig wie das technokratische Policy-Instrument Gender Mainstreaming. Der rechte Vorwurf ist deshalb eine bewusste Verzerrung.

40 Koschka Linkerhand: Treffpunkt im Unendlichen. Das Problem mit der Identität. In: Patsy L'Amour laLove (Hg.): Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten. Berlin 2017, S. 52-60, hier S. 56f.

41 Übereinkommen des Europarats (wie Anm. 25), S. 5.

Wenn nicht diese, würden die Rechten womöglich eine andere Ausrede finden, um die Konvention nicht ratifizieren zu müssen. Dennoch kann man nicht so einfach behaupten, dass der Vorwurf auf einem falschen Verständnis oder einer falschen Wiedergabe basierte. Zwar trifft er nicht auf die Konvention zu; aber generell ist diese Lesart nicht falsch, eine solche Genderdefinition gibt es: In der Folge der erfolgreichen Lobbyarbeit von entsprechenden Organisationen steht Gender in immer mehr EU-Dokumenten und in LSBT-thematischen Sensibilisierungsmaterialien für das subjektiv empfundene, gefühlte Geschlecht, für die Geschlechtsidentität. Diese Mehrdeutigkeit wird von progressiven Akteuren oftmals nicht gesehen (sie behandeln die Definitionen der Istanbul-Konvention und der Queerpolitik als synonym oder eben tendenziös verschmolzen) oder im Namen der als konfliktfrei dargestellten Vielfalt zelebriert. Genau diese nicht gesehene, bewusst verschmolzene oder nicht als Problem anerkannte Mehrdeutigkeit wird von den rechten Parteien, denen es nicht um theoretische Debatten geht, instrumentalisiert,⁴² und es wird der Vorwurf erhoben: Wenn man über Geschlechterstereotypen redet – wie die Konvention das tut –, dann sei das das Trojanische Pferd der Genderideologie, die Einführung der unzähligen Geschlechtsidentitäten nach amerikanischem Beispiel.

Dabei ist es, wie gesagt, nicht das Gleiche, ob man als Feministin die Binarität der Geschlechterrollenzuschreibungen infrage stellt (dass Frauen und Männer komplementär und vom Wesen her unterschiedlich sind und sein sollen), oder die Binarität der Geschlechter (dass Geschlecht am Körper nicht ablesbar sei, sondern nur eine Deutung und daher dekonstruierbar; dementsprechend wären die Identitäten bessere und gerechtere Indikatoren dafür, was das Geschlecht einer Person ist: Mann, Frau oder etwas anderes). Der Queerfeminismus vertritt den zweiten Strang, kann dennoch nicht als gesellschaftlicher oder globaler Konsens betrachtet werden. Er kommt weiten Teile der Gesellschaft auch in den Zentrumsländern, wo er entwickelt wurde, als wenig plausibel vor. Wenn in Ländern, wo diese Theorie und Politik als Import gelten, diese als einzig gültiger Weg des Fortschrittes kommuniziert werden, erscheint das als ideologische Kolonisierung – und nicht nur für die Rechten.⁴³

42 Eszter Kováts: *The Consequences of the Differing Meanings of Gender in Policy and Activism for Politics*, 2018, blogs.lse.ac.uk/gender/2018/11/26/the-consequences-of-the-differing-meanings-of-gender-in-policy-and-activism-for-politics [letzter Zugriff am 17.1.2021].

43 Agnieszka Graff/Elzbieta Korolczuk: »Gender as Ebola from Brussels«. *The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism*. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 43 (2018), H. 4, S. 797-821; Eszter Kováts: *Anti-gender politics in East-Cen-*

Ausblick

Die Frage ist dringender denn je: Welche politischen Konsequenzen sollten wir aus dem rechten Backlash ziehen? Ich würde sagen, Selbstreflexion ist Grundvoraussetzung, manche andere: sie sei Kapitulation. Das sei ein Machtkampf und die Rechten wüssten, wie sie uns auseinanderbringen, wir dürften nicht in ihre Falle gehen.

Es scheint aber so zu sein: Progressive verwechseln rechte Parteien und ihre Wählerschaft. Allein schon aus taktischen Gründen ist es ungeschickt, Letztere ständig zu brandmarken. Wenn man aber sogar die Ambition hat, zu verstehen, warum Feminismus, LSBTI und Gender als negative Projektionsflächen in der Gesellschaft funktionieren, dann muss man sich kritische Fragen stellen und darf Konflikte nicht scheuen. Die rechte Gefahr schafft gerade auf der progressiven Seite – statt Innovation und Erneuerung – neue Tabus und eine selbstmörderische Status quo-Bewahrung, oft mit dem Argument: »Interne Debatten können wir uns jetzt nicht leisten, wir müssen gegen die Rechten kämpfen.«⁴⁴

Wenn wir außer Acht lassen, dass die Genderdebatten innerhalb eines Machtgefüges ablaufen und mit politischen Intentionen verknüpft sind, könnten wir tatsächlich nützliche Idioten der Rechten werden. Wir haben aber die Verantwortung, kritisch auf unsere eigene Agenda zu schauen. Dieser werden wir nicht gerecht, wenn wir die aktuellen Hinterfragungen von Gleichstellungspolitik nur auf einen Machtkampf beschränken und denken, dass sich die Nachfrage für diese Parteien und Bewegungen in der Gesellschaft aus mittelalterlichen Einstellungen oder aus Gehirnwäsche ableiten lässt. Wir brauchen dringend eine Alternative, die über die übliche und für weite Teile der Gesellschaft befremdliche, nur die Eliten mobilisierende Dichotomie Regressive vs. Progressive hinausgeht. Wir werden uns dazu die Debatten im progressiven Lager nicht ersparen können.

tral Europe. A right-wing defiance to West-Eurocentrism. In: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 13 (2021), S. 76-90, <https://doi.org/10.3224/gender.v13i1.06> [letzter Zugriff am 18.3.2021].

- 44 Das wird oft wiederholt; einmal habe ich es selbst bei einer Veranstaltung im Europäischen Parlament von der Vertreterin der International Planned Parenthood Federation gehört; Eszter Kováts: Neuen Mut statt neue Tabus – Dilemmata der Genderpolitik in der EU überwinden, 2019, <https://www.gwi-boell.de/de/2019/04/29/neuen-mut-statt-neue-tabus-dilemmata-der-genderpolitik-der-eu-ueberwinden> [letzter Zugriff am 2.2.2021].